

Zerstörerischen Bergbau stoppen

Die EU-Zivilgesellschaft prangert die Rohstoffpläne der EU im European Green Deal an

2019 veröffentlichte die Europäische Kommission ihren "European Green Deal", einen Aktionsplan mit klima- und umweltpolitischen Maßnahmen und Initiativen, die in den kommenden Jahren vorangetrieben werden sollen. Trotz lobenswerter Absichten haben diese Pläne im Kern die schädliche und unlogische Idee des "grünen Wachstums"¹ und gehen von einem "Business-as-usual"-Verbrauch von Energie und Materialien in der EU aus. Insbesondere werden Europas Green-Deal-Pläne in ihrer jetzigen Form zu einem dramatischen Anstieg der Nachfrage nach Mineralien und Metallen führen, die die Europäische Kommission durch eine große Anzahl neuer Bergbauprojekte decken will - sowohl innerhalb als auch außerhalb der EU. Diese geplante Abhängigkeit vom Bergbau zur Umsetzung des Green Deals ist für die Zivilgesellschaft auf der ganzen Welt ein Grund zu großer Sorge. Bergbauunternehmen verursachen auf allen Kontinenten enormes menschliches Leid und ökologische Zerstörung. Der Sektor ist für weitreichende Menschenrechtsverletzungen², Konflikte mit und innerhalb der betroffenen Gemeinden³, für die Ausbeutung von Arbeitskräften und die Verschärfung sozioökonomischer Ungleichheiten verantwortlich. Außerdem trägt er wesentlich zum Klimawandel, zum weltweiten Verlust der biologischen Vielfalt und zum Wassermangel⁴ bei. Der steigende Rohstoffbedarf und die Pläne der EU, diesen durch neue Bergbauprojekte zu decken, werden all diese Probleme noch verschärfen.

Vom Bergbau betroffene Gemeinden in Europa und ihre Verbündete in der Zivilgesellschaft widersetzen sich der kontinuierlichen Expansion der Bergbauindustrie und stellen das vorherrschende Narrativ des unbegrenzten Wachstums und die Politik, die es aufrechterhält, in Frage. Diese Erklärung skizziert eine zivilgesellschaftliche Analyse der aktuellen Pläne der EU und bietet Vorschläge, wie die EU die systemischen Probleme, die dem endlosen Extraktivismus zugrunde liegen, angehen und das Blatt in Richtung einer gerechteren und nachhaltigeren Zukunft wenden kann.

Diese Empfehlungen beinhalten die grundsätzliche Notwendigkeit für die EU und die Mitgliedsstaaten, das Recht der Gemeinschaften auf freie, vorherige und informierte Zustimmung, einschließlich des Rechts, Nein zu sagen, gesetzlich zu verankern, sowie dringende Maßnahmen zu ergreifen, um eine absolute Reduzierung der Nachfrage nach - und des Verbrauchs von - Rohstoffen in Europa zu erreichen.

Zu starker Verbrauch : steigende Metall- und Mineraliennachfrage

Bei "Business-as-usual" (d. h. das wachstumsbasierte Wirtschaftssystem) wird sich die globale Gesamtnachfrage nach Rohstoffen, einschließlich Energie⁵⁵, bis 2060⁶ voraussichtlich mehr als verdoppeln.

Die EU verbraucht schon jetzt mehr als ihren fairen Weltanteil dieser Ressourcen⁷⁷, was unverhältnismäßige Auswirkungen auf die Menschen insbesondere in den Exportländern und unseren Planeten hat. Darüber hinaus sind die vermeintlichen Vorteile dieses Überkonsums sowohl ungleich verteilt als auch von fragwürdigem Wert. Studie um Studie zeigt, dass materieller Reichtum nicht zu einer entsprechenden Steigerung von Glück, Wohlbefinden oder Gesundheit führt⁸.

Metalle und metallische Minerale werden zusammen mit anderen Materialien in alltäglichen Produkten und Dienstleistungen in allen Bereichen verwendet - von Laptops und Telefonen, über Häuser und Autos, bis hin zu Windturbinen und Leuchten, sowie Militär- und Raumfahrttechnologien. In den letzten Jahrzehnten hat sich die weltweite Metallgewinnung mehr als verdreifacht⁹⁹ und wird laut dem International Resource Panel weiter steigen¹⁰.

Die wachsende Nachfrage ist zum Teil auf einen "grünen Übergang" zurückzuführen. Dies gilt insbesondere für Mineralien und Metalle wie Lithium, die für erneuerbare Energien und die Elektrifizierungsinfrastruktur, einschließlich Batterien für Elektroautos, benötigt werden¹¹. Aber die EU und die Mitgliedsstaaten nutzen die Tatsache, dass einige Mineralien und Metalle für erneuerbare Energietechnologien verwendet werden, um für die Metallbergbauindustrie im Allgemeinen Greenwashing zu betreiben. Sie verbinden Maßnahmen gegen den Klimawandel und für sozialem Fortschritt mit der Forderung nach mehr Bergbau.

In Wirklichkeit machen die Technologien für erneuerbare Energien jedoch nur einen Bruchteil des prognostizierten Anstiegs der Nachfrage nach Mineralien und Metallen aus¹².

Es ist der allgemeine (Über-)Konsum aller Sektoren, angetrieben durch das Streben nach einer ständig wachsenden Wirtschaft, sowie zunehmende Urbanisierung und Digitalisierung, die die Haupttreiber für die Metall- und Mineraliennachfrage sind¹³.

Studien, auf denen die Pläne und die Politik der EU im Bereich Metalle und Mineralien basieren, gehen davon aus, dass unser Gesamtverbrauch weiter steigen wird¹⁴.

Land- und Wassernutzung - Konflikte im Entstehen

In ganz Europa werfen Gemeinden, die in vorderster Linie von Bergbauprojekten angesiedelt sind, der EU und ihren Mitgliedstaaten vor, Umweltstandards, die zum Schutz der Natur und des Rechts der EU-Bürger auf eine gesunde Umwelt eingeführt wurden, nicht einzuhalten. Besonders besorgniserregend sind die tatsächlichen und vermeintlichen Verstöße gegen EU-Gesetze, die u.a. das Wasser und die biologische Vielfalt betreffen¹⁵¹⁶¹⁷.

Die Allgemeinheit ist auch zunehmend besorgt über die Art und Weise, in der der Bergbau "neuen Grenzraum" für die Gewinnung von Mineralien und Metallen bedroht. Das sind z.B. die Tiefsee, Naturschutzgebiete und ländliche Gebiete, die eine wichtige Rolle für eine wirklich nachhaltige Lebensgrundlage von Gesellschaften spielen.

Moderne Bergbaubetriebe haben einen enormen räumlichen Fußabdruck, der Konflikte mit dem Schutz der biologischen Vielfalt und anderen Landnutzungen verursacht. Da die Erzgehalte vieler Mineralien und Metalle sinken, wird dies noch zunehmen¹⁸¹⁹.

Der Verlust von Lebensräumen durch derzeit geplante Bergbauprojekte im Zusammenhang mit Metallen und Mineralien ist ein großes Problem. Eine Studie, die die räumlichen Überschneidungen zwischen Bergbaugebieten und Schutzgebieten für die biologische Vielfalt auf weltweitem Niveau untersucht, zeigt, das Folgende auf Bergbaugebiete (82% davon für Metalle und Mineralien, die von der Infrastruktur für erneuerbare Energien benötigt werden) überschneiden sich zu 8% mit Schutzgebieten, zu 7% mit den wichtigen Gebieten für die biologische Vielfalt und zu 16% mit verbleibender Wildnis²⁰.

Schon vor der großflächigen Ausdehnung des Bergbaus in Europa versagen die EU und die Mitgliedsstaaten beim Schutz von Natura 2000- und Ramsar-Gebieten, welche mit der Absicht, Natur zu erhalten, eingerichtet wurden²¹.

Tatsächlich haben trotz der EU-Naturschutzrichtlinien 8 der Lebensräume und 63% der Arten, die durch diese Gesetze geschützt werden sollten, laut der Europäischen Umweltagentur immer noch einen "ungünstigen" Erhaltungszustand²². Der Bergbau in den ländlichen Gebieten Europas bedroht auch andere Landnutzungen und nachhaltige Aktivitäten wie die kleinbäuerliche Landwirtschaft und Fischerei sowie den Ökotourismus²³. Die die Umwelt wenig belastenden Lebensgrundlagen vieler ländlicher Gemeinden innerhalb der EU sind Teil der Lösung für die ökologischen und klimatischen Krisen, die wir erleben, und sollten erhalten und gefördert werden.

Zwang : "soziale Akzeptanz" des Bergbaus

Die EU und die Mitgliedsstaaten verfolgen das von der Industrie geprägte Konzept der "Social License to Operate (SLO)", also eine breite Zustimmung in der Bevölkerung, um dem Bergbau den Weg zu ebnen. Das mit so wenig Beteiligung und Widerspruch der Bevölkerung wie möglich. Die EU finanziert mit Steuergeldern Projekte, wie "Mining and Metallurgy Regions of the EU" (MIREU) EU Regionen des Bergbaus und Hüttenwesens, die das Konzept der "Social License to Operate" formulieren und fördern²⁴⁴.

Das SLO-Konzept wurde von der Zivilgesellschaft in Europa weithin als schablonenhaft, unverbindlich und ohne einen klaren und transparenten Prozess kritisiert. Abgesehen von der Nützlichkeit des SLO-Konzepts für eine sozialtechnische Zustimmung zum Abbau von Rohstoffen²⁵⁵, ist unklar, warum ein solch schwaches neues Konzept benötigt wird, wenn stärkere, demokratischere Instrumente wie die freie, vorherige und informierte Zustimmung, einschließlich des Rechts, Nein zu sagen, bereits existieren.

SLO stellt eine Fortsetzung der ablehnenden, uninformierten Haltung gegenüber dem Widerstand der Gemeinden gegen unerwünschte oder kontroverse Bergbauprojekte dar. Wenn das Feedback oder die Einwände der Gemeinden nicht mit der vorherrschenden Pro-Bergbau-Agenda übereinstimmen, wird der Widerstand der Bürger heute häufig als eine "Not-in-my-backyard" (bei- mir- nicht) -Haltung ("NIMB ") bezeichnet und abgetan. Dieser Diskurs ist nicht nur in vielen Fällen unwahr, sondern verstärkt auch eine bereits inakzeptable Machtasymmetrie zwischen Bergbauunternehmen und der lokalen Bevölkerung. Er schafft auch eine pro-Industrie Voreingenommenheit in einem eigentlich neutralen und objektiven Beratungsprozess.

Wenn SLO nicht aufgegeben und stärkere, gerechtere Konsultationsmechanismen angenommen werden, riskiert die EU, Bergbaukonflikte zu fördern. Sie untergräbt dabei die Rechte der Bürger, Informationen und gerechte Konsultationsprozesse gemäß der Aarhus-Konvention zu fordern, und verletzt ihr Recht Projekte abzulehnen zu können, ohne Beeinträchtigungen zu erfahren.

Korruption, mangelnde Transparenz und Menschenrechtsverletzungen

Im Globalen Süden ist es üblich, dass Gemeinden an vorderster Front berichten, dass es den lokalen Prozessen an guter Regierungsführung mangelt; dass es wenig oder keinen transparenten Austausch von Daten zwischen öffentlichen Institutionen und Bergbauunternehmen gibt; dass Unternehmen es verabsäumen, ihre Interessen gegenüber den Bürger innen in den Forschungs-, Entwicklungs- und Prospektionsphasen des Bergbauprozesses offenzulegen. Laut Zeugenaussagen von Gemeinden, Untersuchungen²⁶ und Übermittlung der Fakten sowohl an die Aarhus-Konvention als auch an den Petitionsausschuss des Europäischen Parlaments wiederholen sich viele dieser Missstände in Europa.

Industriestandards sind nach wie vor weitgehend freiwillig und auf die Selbstregulierung der Unternehmen angewiesen. Die Einführung eines verbindlichen EU-Gesetzes zur Sorgfaltspflicht im Bereich der Menschenrechte und des Umweltschutzes ist zwar ein begrüßenswerter Schritt, dieser reicht aber allein nicht aus, um einen Sektor zu verändern, der immer wieder als der tödlichste der Welt eingestuft wird - sowohl für diejenigen, die sich ihm widersetzen, als auch für die Sicherheit der Arbeiter innen.²⁷⁷

Die Zeichen stehen nicht gut für einen europäischen Bergbauboom. Das oft wiederholte Mantra, dass die Bergbaupraktiken innerhalb Europas besser sein werden als außerhalb Europas, kann nicht einfach auf einem Glauben an die europäische Überlegenheit beruhen. Es muss sich auf vollständig durchgesetzte Gesetze, starke Vorschriften und eine mündige Bürgerschaft stützen.

Öffentliche Subventionen und Industriepartnerschaften

Bergbauunternehmen und ihre Aktionäre profitieren von öffentlichen EU-Subventionen, die in Forschungsprojekte mit zweifelhaftem öffentlichem Nutzen fließen²⁸⁸, und von industriegeführten EU-Allianzen²⁹⁹, die die Rolle der Zivilgesellschaft in Entscheidungsprozessen untergraben.

Finanzspekulationen sind in diesem Sektor weit verbreitet, wie aktuelle Untersuchungen aus Spanien zeigen³⁰⁰. EU-Gelder fließen in Bergbau- und bergbaubezogene Projekte³¹¹, oft ohne Kontrolle der Umweltauswirkungen von Projekten oder Überprüfung der Umweltgenehmigungen für die Durchführung von Aktivitäten. Dieser Zustand ist in mehreren prominenten Fällen angeprangert worden³².

Ein weiteres Beispiel für den Konflikt zwischen Bergbau und den eigenen nicht-gewinnungspolitischen Verpflichtungen der EU ist der Umstand, dass der Bergbau öffentliche Gelder anlockt - die über europäische Regionalentwicklungs-, Interreg- und NextGenerationEU-Fonds zugewiesen werden - weg von echter ländlicher Entwicklung, öffentlichen Gütern und Bemühungen um den Klimaschutz.

Obwohl öffentliche Gelder in den Bergbau und bergbaubezogene Projekte gepumpt werden, sind die Rohstoffinitiativen der Europäischen Kommission für die Bürger weitgehend unzugänglich. Stattdessen werden sie von industriegeführten Allianzen und Interessengruppen dominiert. Die kürzlich gegründete Europäische Rohstoffallianz bietet eine aufschlussreiche Fallstudie. Treffen, um die Gründung und die Ziele dieser Gruppe zu diskutieren, wurden nur mit der Industrie abgehalten, wodurch andere Stimmen effektiv ausgeschlossen wurden³³.

Der Industrie die Zügel in die Hand zu geben - oder zumindest ein privilegiertes Mitspracherecht - bei ihrer eigenen Regulierung bedroht eine echte Entscheidungsfindung im öffentlichen Interesse und führt zu Ergebnissen, die schwach, freiwillig und oder auf die finanziellen Interessen der Unternehmen ausgerichtet sind, die an den Tisch eingeladen wurden.

Globale Auswirkungen : Handel, Abfall und Sicherheit

Europas Appetit auf Metalle, jetzt und in Zukunft, wird nicht innerhalb seiner Grenzen befriedigt werden können. Gegenwärtig werden fast 40% der Metallerze importiert³⁴, bei einigen Metallen liegt die Abhängigkeit sogar bei 100%³⁵.

Obwohl eine verstärkte inländische Förderung innerhalb der EU mit der Behauptung gerechtfertigt wird, dass dadurch die Förderung in weniger regulierten Nationen im globalen Süden reduziert wird, hat die Rohstoffstrategie der EU einen starken Fokus auf die Sicherung der Mineral- und Metallversorgung aus "Drittländern". Sie will diese Sicherung durch aggressive Handelsliberalisierung erreichen, wie die Rohstoffkapitel in den EU-Handelsabkommen und die sogenannte "Rohstoffdiplomatie" zeigen³⁶. Dies ist ein Grund zur ernststen Besorgnis.

Die Nachfrage der EU nach Mineralien und Metallen aus Übersee führt zu sozialen Konflikten, Tötungen von Umwelt- und Menschenrechtsaktivisten, Umweltzerstörung und Kohlenstoffemissionen auf dem ganzen Planeten. Die derzeitige EU-Handelspolitik zielt ausschließlich auf die Liberalisierung des Rohstoffsektors ab, ohne Rücksicht auf Menschenrechte, Umwelt und die Souveränität der Länder des Globalen Südens, wodurch diese Nationen in einem Kreislauf aus Extraktivismus und Abhängigkeit gefangen sind³⁷³⁸³⁹.

Außerdem vergisst es die EU-Politik den ungleichen ökologischen Austausch zwischen - und die historische Plünderung - des Globalen Südens durch die europäischen Nationen zu berücksichtigen, was einem gigantischen Diebstahl des Reichtums vergangener, gegenwärtiger und zukünftiger Generationen gleichkommt⁴⁰.

Indem die EU ihre Aufmerksamkeit auf die Sicherung der Versorgung durch neue Bergbauprojekte in und jenseits der europäischen Grenzen richtet, zeigt sie einen Mangel an politischem Interesse für die dritte Säule ihrer eigenen Rohstoffstrategie - die sich auf Kreislaufwirtschaft konzentriert - und die Millionen von Tonnen Elektroschrott, die jährlich erzeugt, in Europa entsorgt oder in den Globalen Süden verschifft werden, um dort auf schädliche Weise recycelt und später zurückgekauft zu werden⁴¹. Hinzu kommt die illegale Entsorgung von Elektroschrott eines Mitgliedsstaats in einem anderen⁴².

Bei der immensen Menge an Elektroschrott, die in Europa anfällt, gelangen neben anderen Metallen und Mineralien auch Gold, Silber, Platin, Palladium und Kupfer in die Abfallströme zurück. Dennoch haben nur 18 Metalle Recyclingraten von mehr als 50%, und für viele wichtige Mineralien wie Lithium und Seltene Erden liegen die Recyclingraten bei weniger als 10% ⁴³⁴⁴.

Mehr Recycling ist keine "Patentlösung", und die absolute Verbrauchsreduzierung hat Priorität, aber es ist klar, dass mehr Recycling, z. B. durch Urban Mining, mehr Priorität haben muss als derzeit.

Giftige Hinterlassenschaften : Bergbauabfälle

Da die Erzgehalte weiter sinken, wird die Menge der Bergbauabfälle, die für jede Einheit des geförderten Minerals anfallen, weiter zunehmen. Die Eröffnung neuer Minen in ganz Europa wird die Probleme, die durch Bergbauabfälle verursacht werden, nur noch verschärfen, da mehr Abfälle anfallen und in größeren, oft unsicheren Dämmen gelagert werden⁴⁵.

Sich auf die Industrie zu verlassen, um die Probleme im Zusammenhang mit dem Management von Minenabfällen und dem Versagen von Dämmen zu lösen, hat nicht funktioniert. Nach Ansicht vieler Wissenschaftler und Experten geht der Global Tailings Review, der einen internationalen Standard für das Management von Minenabfällen etablieren soll, nicht weit genug⁴⁶, und geht nicht auf Probleme der Wasserqualität ein. Gemeinden, die in der Nähe des Bergbaus leben, sind jedoch häufig von Wasserverschmutzung betroffen.

Europa hat sich den Namen einer gut regulierten Jurisdiktion selbst gegeben. In den letzten Jahren jedoch gab es zahlreiche schwerwiegende Zwischenfälle mit Absetzbecken und Bergbauabfällen, darunter Talvivaara (Finnland), Rio Tinto (Spanien), Aznacollar (Spanien) und Baia Mare (Rumänien Ungarn). Noch 2007 hatte Europa die zweifelhafte Ehre, die Region mit der zweithöchsten Anzahl von Unfällen mit Absetzbecken zu sein ⁴⁷.

Weit davon entfernt, weltweit führend zu sein, ist die derzeitige EU-Gesetzgebung für Bergbauabfälle in mehrfacher Hinsicht mangelhaft. So verfügen die EU-Mitgliedsstaaten beispielsweise nicht über eine gemeinsame Datenbank, in der die Konzentrationen von Bergbauabfällen und Tailings erfasst werden. Dies behindert die Umsetzung von Lösungen der Kreislaufwirtschaft zur Sanierung und Aufwertung der Abraumhalden. Das bedeutet, dass nach Beendigung des Bergbaubetriebs die Abfälle und Abraumhalden in der Regel zu einer Belastung für die Mitgliedstaaten und die Bürger werden. Oft müssen ehemalige Bergbaustandorte auf Dauer gepflegt werden, um die Gefahr langfristiger Auswirkungen, einschließlich kritischer Damnbrüche und saurer Mienenentwässerung, zu bewältigen⁴⁸.

Das Problem der Bergbauabfälle in der EU wird außerdem häufig nach außen verlagert. Die EU- und internationale Abfallgesetzgebung schreibt vor, dass Abfälle an der Quelle reduziert und gefährliche Abfälle in dem Staat entsorgt werden müssen, in dem sie entstanden sind. Diese grundlegenden Regeln der Abfallwirtschaft werden von Bergbauunternehmen, die Metallkonzentrate und -butzen verkaufen oder transportieren, systematisch missachtet. Metallkonzentrate und Metallbutzen sind in der Regel giftig und werden, anstatt im Ursprungsland gemäß den Abfallvorschriften behandelt zu werden, exportiert und anderswo verklappt, meist - aber nicht immer - in Ländern mit schwacher Umweltgesetzgebung^{49 504} oder im Meer⁵¹⁵.

Empfehlungen und Alternativen

Die einzige Möglichkeit, die oben skizzierten Probleme wirklich systemisch anzugehen, besteht darin, den Material- und Energieverbrauch der EU drastisch zu reduzieren und die Rechte der Bürger zu garantieren. Das Streben nach "grünem Wachstum", Basteleien an den Rändern oder reformistische Ansätze werden nicht funktionieren. Politik, die auf den falschen Narrativen "nachhaltig und verantwortungsvoll" und "mehr, aber besser" aufbaut, ist der Versuch des Greenwashing, der nicht zur Lösung der Probleme beitragen wird.

Die Europäische Kommission teilte kürzlich mit, dass "Bemühungen zur Ressourcenreduzierung eher ein langfristiger Fokus sind, kurz- und mittelfristig müssen politische Maßnahmen ergriffen werden, um eine Kreislaufwirtschaft, Resilienz und Klimaneutralität zu ermöglichen."⁵²

Dies ist kein Weg, der uns zu echter ökologischer und sozialer Gerechtigkeit führen wird. Dekarbonisierung und Dematerialisierung sind untrennbar miteinander verbunden. Auch Maßnahmen zur Verbrauchsreduzierung, Kreislaufwirtschaft und Dekarbonisierung müssen alle parallel erfolgen.

In der Tat kommuniziert die Europäische Umweltagentur jetzt diese Botschaft. Sie sagt, dass wir "fundamentale Transformationen zu einer anderen Art von Wirtschaft und Gesellschaft statt inkrementeller Effizienzgewinne innerhalb etablierter Produktions- und Konsumsysteme benötigen" und dass "echte Kreativität gefragt ist. Wie kann sich die Gesellschaft auf eine gerechtere Art und Weise qualitativ (z.B. Zweck, Solidarität, Empathie) statt quantitativ (z.B. materieller Lebensstandard) entwickeln und wachsen⁵³.

Die hier aufgeführten Forderungen an die EU-Entscheidungsträger sind als Beitrag zu dieser "echten Kreativität" gedacht.

1

Legale Anerkennung in der EU und entlang der EU-Lieferketten des Rechts indigener Völker auf freie, vorherige und informierte Zustimmung (FPIC) und der Rechte lokaler Gemeinschaften, Kleinbäuerinnen und -bauern und anderer in ländlichen Gebieten arbeitenden Menschen auf aktive und freie Beteiligung an Entscheidungen, die ihr Leben betreffen, einschließlich des Rechts, Nein zum Bergbau zu sagen.

Die Rechte auf Information und wirksame Beteiligung von Gemeinschaften und Völkern ist in den internationalen Menschenrechtsgesetzen sowie in anderen internationalen Abkommen verankert (z.B. ICCPR, Artikel 25, und UNDROP, Artikel 10). Das Internationale Recht und UN-Verträge erkennen insbesondere auch das Recht indigener Völker auf freie, vorherige und informierte Zustimmung (FPIC) an (z.B. ILO-Konvention Nr. 169, Artikel 6 (1), CBD, Artikel 15, UNDRIP, Artikel 19).

Diese Instrumente bieten eine Anleitung für die Gestaltung und Umsetzung von sinnvollen Mechanismen, Prozessen und Protokollen, die es indigenen Völkern, lokalen Gemeinschaften, Kleinbäuerinnen und -bauern und anderen Bevölkerungsgruppen ermöglichen, sich effektiv an Entscheidungen zu beteiligen, die ihr Leben betreffen können, unter Berücksichtigung bestehender Machtungleichgewichte und, im Falle indigener Völker, des Rechts, ihre Zustimmung zu Projekten, die sie betreffen, entweder zu geben oder zu verweigern.

Die Anerkennung des Rechts indigener Völker auf FPIC und die Entwicklung neuer, rechtsverbindlicher Protokolle für die wirksame Beteiligung potenziell betroffener nicht-indigener Gemeinschaften und Völker, die ihr Recht Bergbauprojekte in der EU und in der gesamten EU-Lieferkette abzulehnen, ausdrücklich anerkennen und schützen, stellt eine wichtige Möglichkeit dar, das derzeitige Machtungleichgewicht zwischen Bergbauunternehmen, Mitgliedstaaten und Gemeinschaften zu beseitigen.

Das Recht indigener Völker auf FPIC und anderer Gemeinschaften und das Recht der Völker, unerwünschte Bergbauprojekte abzulehnen, sollte in der kommenden verbindlichen EU-Gesetzgebung zur Sorgfaltspflicht in Bezug auf Menschenrechte und Umwelt, die für 2021 erwartet wird, rechtsverbindlich gemacht werden.

Wir sind der festen Überzeugung, dass alle Völker und Gemeinschaften, die vom Bergbau bedroht sind, gehört und ihre Ansichten ernsthaft berücksichtigt werden müssen. Ihre Häuser, Ländereien und Gewässer dürfen nicht geopfert werden.

2

Reduzierung des EU-Ressourcenverbrauchs im Einklang mit den planetarischen Grenzen und einem fairen Verbrauchsanteil.

Um innerhalb der ökologischen Grenzen zu konsumieren, muss die EU nach bestem Wissen und Gewissen anstreben, ihren materiellen Fußabdruck⁵⁴ gegenüber dem heutigen Stand um bis zu 70 % (auf ca. 4,4 Tonnen pro Kopf) zu reduzieren⁵⁵. Innerhalb dieses rechtlich verbindlichen Gesamtziels müssen materialspezifische und subsektorale Ziele festgelegt werden, und es sind detaillierte Pläne erforderlich, die einen Pfad zur Umsetzung dieser Ziele aufzeigen. Indikatoren und Ziele zum Land- und Wasserfußabdruck müssen ebenfalls vollständig entwickelt werden, um ein umfassendes Bild des gesamten Ressourcenverbrauchs zu erhalten. In der Praxis bedeutet die Reduzierung des absoluten Ressourcenverbrauchs die Umsetzung sozial und ökologisch gerechter Postwachstums-Strategien in Europa⁵⁶.

Dazu gehören zum Beispiel Maßnahmen, die die Abhängigkeit vom Autoverkehr und die Anzahl der Autos auf den Straßen reduzieren, während gleichzeitig qualitativ hochwertige öffentliche Verkehrsmittel für alle zugänglich gemacht und aktives Pendeln (Radfahren und Gehen) gefördert werden.

Die Reduzierung des gesamten "Material Footprint" (materieller Fußabdruck) nach Gewicht ist ein guter Weg, um sicherzustellen, dass die Umweltschäden durch den Bergbau drastisch reduziert werden⁵⁷. Die EU sollte jedoch auch die Aufstellung von Plänen zur Verringerung des EU-Konsumfußabdrucks prüfen, der die Auswirkungen des Konsums (einschließlich Ökotoxizität, Klimawandel, Eutrophierung) mit Hilfe von Lebenszyklusanalysen untersucht⁵⁸.

Die Entkopplung sollte als Ziel aufgegeben werden. Global gesehen ist das Wirtschaftswachstum nicht vom Ressourcenverbrauch und den Umweltbelastungen entkoppelt worden und die Wahrscheinlichkeit gering, dass dies geschehen wird^{59 600}.

3 Durchsetzung und Stärkung der EU-Umwelt- und Menschenrechtsbestimmungen.

EU-Richtlinien, die Wasser, Biodiversität und andere Güter betreffen, sollten in vollem Umfang bei der aktiven Regulierung bestehender Bergbaubetriebe innerhalb der EU durchgesetzt werden. Lokale Gemeinden und NGOs sind als entscheidende Verbündete zur Unterstützung der Rolle der Kommission als "Hüterin der Verträge" zu betrachten, indem sie helfen, die Umweltgesetze der EU vor Ort durchzusetzen.

Zusätzlich zur Durchsetzung bestehender Richtlinien sollten Natura 2000- und Ramsar-Gebiete, andere staatlich ausgewiesene und supranationale Schutzgebiete (z.B. UNESCO-Welterbestätten), indigene und gemeinschaftliche Schutzgebiete (ICCAs) sowie die Tiefsee und die Arktis als Sperrgebiete für die Rohstoffindustrie streng geschützt werden.

Die EU muss räumliche Bewertungen vornehmen, um überlappende Risiken des Bergbaus in Bezug auf die Gefährdung der biologischen Vielfalt, des Grundwassers und der Süßwasserreserven zu bewerten und anzugehen. Dabei sollte sie nachweisen, dass sie das Ausmaß kartiert hat, in dem potenzielle Überschneidungen Lebensräume und Biodiversität, die landwirtschaftliche Produktion, die Ernährungssicherheit, die Trinkwasserversorgung und die allgemeine regionale Sicherheit bedrohen könnten. Diese Bewertungen müssen öffentlich zugänglich sein.

Die EU muss auch sinnvolle und durchsetzbare Mechanismen entwickeln, um sicherzustellen, dass die räumlich expliziten Folgen (nicht nur die Gefahren) des Bergbaus für die biologische Vielfalt von den Regierungen der Gastländer vor der Erteilung von Lizenzen bewertet werden, einschließlich derer, die in marinen Ökosystemen und in unterschiedlichen Entfernungen von Minen auftreten.

Darüber hinaus muss die EU-Verordnung zu Konfliktmineralien auf nachgelagerte Unternehmen ausgeweitet werden, die die Konfliktmineralien verwenden, sowie auf alle Grundstoffe. Derzeit ist nur die Beschaffung von Zinn, Tantal, Wolfram und Gold geregelt, und zwar für Importe in relativ unverarbeiteter Form und nicht auch in Endprodukten. Es müssen Sanktionen und Strafen gegen Unternehmen verhängt werden, die gegen die Sorgfaltspflicht verstoßen.

4 Beendigung der Ausbeutung sogenannter Drittländer.

Zusätzlich zu den bereits erwähnten Maßnahmen müssen weitere Aktionen ergriffen werden, um sicherzustellen, dass die EU-Nachfrage nach Rohstoffen keine Auswirkungen auf Gemeinden und Ökosysteme im Globalen Süden hat und dass Rechtsmittel zur Verfügung stehen, wenn es doch zu Auswirkungen und Verstößen kommt.

Das verbindliche EU-Gesetz zur menschenrechtlichen und ökologischen Sorgfaltspflicht muss Unternehmen die Haftung für im In- und Ausland begangenen Schaden auferlegen. Den Opfern von Unternehmensmissbrauch muss es den Zugang zu Gerichten garantieren, mit einer verstärkten Zusammenarbeit zur Verfolgung europäischer Unternehmen, Führungskräfte und Zulieferer, die für Menschenrechtsverletzungen, Verbrechen und Umweltzerstörung im Ausland verantwortlich sind⁶¹¹.

Die EU sollte sich mit ehrlicher Absicht und gutem Glauben an den Verhandlungen zur Schaffung eines UN-Vertrags über Wirtschaft und Menschenrechte beteiligen.

Handelsabkommen müssen so gestaltet werden, dass sie die Menschenrechte verbessern - insbesondere die Rechte von Gemeinschaften auf FPIC und das Recht, Nein zu sagen, garantieren - und die sozialen und ökologischen Folgen des Handels berücksichtigen. Investor-Staat-Streitbeilegungsmechanismen (ISDS) müssen aus den bestehenden EU-Handelsabkommen entfernt und in zukünftigen Abkommen aufgegeben werden.

5

Die Politik der Kreislaufwirtschaft muss priorisiert und gestärkt werden.

Praktiken der Kreislaufwirtschaft wie Redesign, Wiederverwendung und Recycling allein nur ein begrenztes Potenzial haben, um den prognostizierten massiven Anstieg der Metall- und Mineraliennachfrage bei "Business-as-usual" zu stoppen. Dennoch ist es entscheidend, dass diese Maßnahmen als Teil einer allgemeinen Politik zur Verbrauchs- und Nachfragereduzierung eingeführt werden.

Zu den dringenden Maßnahmen gehören strenge, verbindliche Regeln für das Produktdesign in Bezug auf Mindestanforderungen an die Lebensdauer, Haltbarkeit und Reparierbarkeit; die schrittweise Abschaffung von Einwegprodukten, wenn es wiederverwendbare Alternativen gibt; das Verbot der Vernichtung von unverkauften oder zurückgegebenen Waren; die Ermöglichung der gemeinsamen Nutzung von

Dienstleistungen und Infrastruktur; Mindestvorgaben für den Gehalt an Sekundärmetallen in Produkten; die Beseitigung eigentumsrechtlicher Hindernisse für Wiederverwendung, Reparatur und Aufarbeitung; Innovation und Investitionen in "Urban Mining", Rohstoffe aus Abfall recyceln. Solche Anforderungen müssen auf alle Sektoren angewandt und angepasst werden, einschließlich des Militärs und der Luft- und Raumfahrtindustrie, die oft von EU-Gesetzen ausgenommen sind⁶², aber für massive ökologische und soziale Auswirkungen verantwortlich sind. Darüber hinaus muss die Überwachung des internationalen Transports von Elektroschrott verbessert und die illegale Ablagerung zwischen den Mitgliedstaaten und in den globalen Süden unterbunden werden.

Während der Schwerpunkt der Politik eindeutig auf der drastischen Reduzierung der privaten Fahrzeugflotte in Europa liegen sollte, muss die vorgeschlagene EU-Batterieverordnung⁶³ durch strenge Ökodesign-Standards gestärkt werden. Damit soll eine gute Leistung und Haltbarkeit sowie recycelte Inhalte, zerstörungsfreie Entnehmbarkeit, Zerlegbarkeit, Reparierbarkeit, Interoperabilität und Wiederverwendbarkeit sichergestellt werden, d.h. die Möglichkeit der Wiederverwendung nach der ersten Lebensdauer jeder Elektrofahrzeugbatterie; die Einführung eines Pfandsystems für alle Gerätebatterien, um die Sammelziele für Batterien zu erhöhen, und die Einführung eines Verbots oder einer Zwangsabgabe für Einwegbatterien⁶⁴.

6

Beseitigung von Bergbau-Altlasten

Die Bedrohung durch neue Bergbauprojekte wird durch die große Anzahl aufgegebenen Bergbauprojekte in Europa, die nicht ordnungsgemäß saniert wurden und weiterhin Gemeinden und ihre Umwelt verseuchen und schädigen, verschärft. Diese alten Bergbaustandorte müssen daher saniert werden.

Für die in den Abfallanlagen zulässigen Konzentrationen von Schwefel und Schwermetallen müssen spezifische "niedrige Höchstwerte" festgelegt werden, um einerseits die Rückgewinnung wertvoller Metalle aus den mineralischen Abfällen im Sinne der Kreislaufwirtschaft zu fördern und andererseits künftige saure Grubenwässer und Verschmutzungen durch Schwermetalle zu vermeiden. Die Unternehmen müssen die besten verfügbaren Technologien auf ihre heute anfallenden Abfallerze anwenden, damit sie dazu gebracht werden diese zu sanieren, bevor der Betrieb geschlossen wird.

Die Europäische Kommission muss einen europäischen standardisierten Mechanismus und eine gemeinsame Datenbank einführen, um über Bergbau- und Hüttenabfallanlagen Rechenschaft abzulegen und die Inhaltskonzentrationen in einer öffentlich zugänglichen Datenbank zu registrieren. Dies würde die Bürger über die Art der Gefahren aufklären, und Forschungseinrichtungen können über die realen Daten verfügen, um bessere Verwertungstechnologien zur Sanierung und Beseitigung der vorhandenen Abfälle zu entwickeln. Andere Formen der Abfallentsorgung, wie z.B. die Ablagerung von Abraumhalden unter Wasser und in der Tiefsee, sind Praktiken, die die EU nicht zulassen sollte. Vor diesem Hintergrund muss die Europäische Kommission dringend die Forderungen des Europäischen Parlaments aus seiner Entschließung zur Umsetzung der Bergbauabfallrichtlinie ⁶⁵⁴ umsetzen, die viele der oben genannten Empfehlungen enthält.

7 Subventionsstopp für die Exploration und Gewinnung von Mineralien und Metallen

Um die Gefahren von Übervorteilung von Subventionen und finanziellem Extraktivismus im europäischen Bergbausektor einzudämmen, sollte die EU sofort die Vergabe öffentlicher Subventionen an Bergbauausbeutungs- und Explorationsunternehmen durch Programme wie Horizon Europe, NextGenerationEU, Interreg, den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und andere einstellen. Stattdessen sollte Finanzierung aus öffentlicher Hand der Unterstützung nachhaltiger ländlicher Lebensgrundlagen, fortschrittlichem Recycling, Urban Mining, Minensanierung, Bodensanierung und anderen zirkulären Verwendungen von Bergbauabfällen und Mineralien Priorität einräumen.

8 Undemokratische Allianzen mit der Industrie beenden

Allianzen, die Unternehmen, die ein finanzielles Interesse am weiteren Ausbau des Bergbaus haben, unangemessen viel Macht und Einfluss geben, können in einer demokratischen, transparenten EU keinen Platz haben. Diese sollten aufhören zu existieren.

9 Mineralien und Metalle als Gemeingut behandeln

Mineralien und Metalle sollten nicht so behandelt und reguliert werden als ob sie einfach nur Kapitalquellen wären, die abgebaut, zu Waren gemacht und verkauft werden können stattdessen sollte die EU-Politik und -Regulierung sie als Gemeingüter handhaben, die am wertvollsten sind, wenn sie an Ort und Stelle belassen werden- in den Ökosystemen, die sie in Europa und darüber hinaus bilden.

ORGANISATIONS

EUROPE

vetoNu, Sweden
Friends of the Earth Europe, Belgium
Fundação Montescola, Galiza, Spain
ZERO - Associação Sistema Terrestre Sustentável, Portugal
Rettet den Regenwald, Germany
European Environmental Bureau (EEB), Europe
Asociación ambiental Petón do Lobo, Galicia, Spain
Ecologistas en Acción, Spain
Sciaena, Portugal
Both ENDS, the Netherlands
Amigos de la Tierra (FoE Spain), Spain
Asociación galega Cova Crea, Galicia, Spain
NOAH Friends of the Earth Denmark, Denmark
War on Want, UK
SOS Suido, Galiza, Spain
BUND, Friends of the Earth Germany
Plataforma Veciñal Mina Touro O Pino Non, Galiza, Spain
CATAPA, Belgium
Deutsche Stiftung Meeresschutz, Germany
Collectif Volontaires Intag, France
Sociedade Histórica e Cultural Coluna Sanfins, Galiza, Spain
Plademar Muros-Noia, Galiza, Spain
Ecologistas en Acción Galiza, Galiza, Spain
Rettet den Regenwald, Germany
Salva la Selva, Spain
Campaña Sur Sin Megaminas, Spain
The Andrew Lees Trust, UK
The Gaia Foundation, UK
Associação Guardiões da Serra da Estrela, Portugal
Plataforma Stop Uranio, Spain
Christian Initiative Romero (CIR), Germany
The Greens Movement of Georgia, Georgia
World Economy, Ecology & Development - WEED e.V., Germany
urgewald e.V., Germany
Ecologistas en Acción de Extremadura, Spain
Reuse Lab "Mach Mehrweg", Germany
Earth Thrive, Serbia / UK
GLOBAL 2000, Austria
Uranium Network, Germany
Igapo Project, France
Plataforma Ciudadana Zaragoza sin Fractura, Spain
Asociación de Cultura Popular Alborada -Gallur, Spain
Hellenic Mining Watch, Greece
ECCR, United Kingdom
Corporate Justice Coalition UK, UK
Estonian Green Movement, Estonia
SETEM Catalunya, Spain
Collectif Causse Méjean - Gaz de Schiste NON !, France
ADAMVM, Association pour la Dépollution des Aciennes Mines de la Vieille Montagne, France
La raya sin minas, Spain
Asociación Plataforma Ciudadana Alconchel sin Minas, Spain
Philippinenbüro e.V., Germany
PowerShift e.V., Germany
No a la mina de Cañaverol, Spain
Enginyeria sense Fronteres, Spain
Plataforma Salvemos la Montaña de Cáceres, Spain
Natexplorers, France
Sierra de Gata Viva, Spain
Associação Povo e Natureza do Barroso, Portugal
Sindicato Labrego Gallego, Spain
Gruvkampen Dalsland, Sweden
Policies for Equitable Access to Health - PEAH, Italy
INKOTA-netzwerk e.V., Germany
CAIM- Communities against the injustice of mining, Ireland (North and South)

Friends of the Earth Northern Ireland, Northern Ireland
Environmental Justice Project, Spain
London Mining Network, UK
Aitec, France
Naturakademin, Sweden
Friends Of The Earth Sweden, Sweden
The Gathering, Ireland
Vi som brinner för Unden, Sweden
Style Records, Ireland
Armenian Forests, Armenia
Association SystExt, France
France Nature Environnement, France
Commission Justice et Paix, Belgium
Water Justice and Gender, Netherlands
Leapfrog2SD, Belgium
FutureProof Clare, Ireland
Kampagne Bergwerk Peru, Germany
Urbergsgruppen Grenna-Norra Kärr, Sweden
Forum on Environment and Development, Germany
Save Our Sperrins, Northern Ireland
Asociación de Cultura Popular Aborada -Gallur, Spain
DKA Austria, Austria
Amis de la Terre France / Friends of the Earth France
Stoppa alunskifferbrytning i Storsjöbygden, Sweden
Save Inishowen from Gold Mining, Republic of Ireland
Miljögruppen Pite Älvdal, Sweden
RÄDDA STORSJÖN - Gruvdrift Ett Hot, Sweden
Stop Rönnbäck Nickel Mining Project in Ume River, Tärnaby (Stoppa gruvan i Rönnbäck, Sápmi/Sweden
Intag e. V., Germany
Seas At Risk, Belgium/Portugal
Asociación Ecoloxista Verdegaia, Galiza, Spain
Südwind, Austria
Broederlijk Delen, Belgium
RepaNet - Re-Use- and Repair Network Austria, Austria
Quercus ANCN, Portugal
Ghent Centre for Global Studies, Belgium
CEE Bankwatch Network, Czech Republic
11.11.11 - Coalition of International Solidarity, Belgium
Biofuelwatch, UK/USA
GegenStroemung – INFOE e. V., Germany
Ingénieurs sans frontières, France
Zaštítimo Jadar i Rađevinu / Protect Jadar and Radjevina, Serbia
Koalicija za održivo rudarstvo u Srbiji / Coalition for sustainable mining in Serbia, Serbia
Bond Beter Leefmilieu, Belgium

INTERNATIONAL

Strong Roots Congo, DR Congo
Innovation et Formation pour le Développement et la Paix, DR Congo
Alerte Congolaise pour l'environnement et les droits de l'homme, ACEDH, D R Congo
Save Virunga, D R Congo
Africa Europe Faith & Justice Network, Africa/Europe
Talents des femmes Autochtones et Rurales en RDC, DR Congo
MiningWatch Canada, Canada
Cooperation Canada, Canada
Procesos Integrales para la Autogestion de los Pueblos, Mexico
WoMin African Alliance, Pan-African
Projet Accompagnement Québec-Guatemala, Canada
Save Our Sky Blue Waters, USA
Save Lake Superior Association, Minnesota, USA

Movimento pela Soberania Popular na Mineração-MAM, Brasil
 Kalpavriksh, India
 TerraJusta, Bolivia/UK
 St. Mary's River Association, Canada
 Coletivo Decolonial, Brazil
 Instituto Anãnaí, Brazil - Amazon (MA)
 Red Latinoamericana de mujeres defensoras de derechos sociales y ambientales, Abya Yala/Altin America
 Policy Forum Guyana, Guyana
 Observatorio Plurinacional de Salares Andinos, Chile
 Red Mexicana de Afectadas/os por la Minería (REMA), México
 Sustainable Northern Nova Scotia, Canada
 Ontario for a Just Accountable Mineral Strategy, Canada
 Malach Consulting, USA/Utah
 Anthropocene Alliance, United States
 Indigenous Peoples Global Forum for Sustainable Development, IPGFforSD (International Indigenous Platform), Global
 Association pour l'Integration et le Developpement Durable au Burundi, AIDB (Indigenous Forum in special consultative status with the UN ECOSOC), Burundi
 Calgary Indo-Canadian Centre Association, Canada
 Regroupement Vigilance Mines Abitibi et du Témiscamingue, Canada, Abitibi/Témiscamingue
 Local Environmental Action Demanded, USA
 Hellenic Mining Watch, Greece
 Wolsatoq Grand Council, Canada
 The Future We Need, India
 Australian Conservation Foundation (ACF), Australia
 Association pour la protection du lac Taureau - APLT, Canada
 The Friends of the Stikine Society, Canada
 Kamloops Moms For Clean Air, Canada
 Gender Action, United States
 LEAD Agency, Inc, USA
 People's Health Movement Canada - Mouvement populaire pour la santé au Canada, Canada
 CRAAD-OI (Research and Support Center for Development Alternatives - Indian Ocean), Madagascar
 ACAFREMIN - Alianza Centroamericana frente a la Minería, Central America
 Femmes en Action Rurale de Madagascar (FARM), Madagascar region AFRIQUE
 Fundación Pachamama, Ecuador
 Kené, Instituto de Estudios Forestales y Ambientales, Perú
 Movimento Xingu Vivo para Sempre, Brasil
 Wumweri Ghodu CBO, Kenya
 Center for Indigenous Research & Community-Led Engagement (CIRCLE), University of Victoria, Canada
 Friends of the Siberian Forests, Russia
 Observatorio Ciudadano, Chile
 Community land Action Now (CLAN), Kenya- Africa
 Sengwer Indigenous Peoples Programme, Kenya
 Sengwer Of Embobut CBO(SEECBO), Kenya
 FIAN International, International
 CooperAcción, Perú
 Acción por la Biodiversidad, Argentina
 Global Forest Coalition, Russia
 Otros Mundos AC/Chiapas, México
 Mining Injustice Solidarity Network (MISN), Canada
 Centro por la Justicia y Derechos Humanos de la Costa Atlantica de Nicaragua, Nicaragua
 Resource Rights Africa (RRA), Uganda, East Africa

Akademiker

Hanne Cottyn, University of York, UK
 Giselle Corradi, UGent Human Rights Research Network, Belgium
 Christel Stalpaert, UGent, Belgium
 Gretchen Walters, Université de Lausanne, Switzerland
 David Barkin, Universidad Autónoma Metropolitana, Mexico
 Diana Vela Almeida, Norwegian University of Science and Technology, Norway
 Tomaso Ferrando, Institute of Development Policy, University of Antwerp, Belgium
 Kritishnu Sanyal, Indian Institute of Technology Mandi, India
 Jan Orbie, Ghent University, Belgium.
 Stef Craps, Ghent University, Belgium
 Amber Steyaert, Ghent University, Belgium

Verweise

- ¹ Basierend auf der Vorstellung, dass Wirtschaftswachstum weiterhin möglich ist und wir letztlich das BIP-Wachstum vom Energie- und Materialverbrauch entkoppeln können, was bedeutet, dass das BIP weiter steigen und der Verbrauch sinken wird. In der Realität erweist sich dies mehr und mehr als ein unmögliches Ziel, was sogar von der Europäischen Umweltagentur anerkannt wird <https://www.eea.europa.eu/downloads/beed0c89209641548564b046abcaf43e/1610379758/growth-without-economic-growth.pdf> ²<https://www.globalwitness.org/en/campaigns/environmental-activists/>
- ³ Environmental Justice Atlas. <https://ejatlas.org/>
- ⁴ <https://www.resourcepanel.org/reports/global-resources-outlook>
- ⁵ Die Rohstoffnachfrage setzt sich aus Biomasse, fossilen Brennstoffen, Metallen und nicht-metallischen Mineralien zusammen.
- ⁶ <https://www.resourcepanel.org/reports/global-resources-outlook>
- ⁷ Ibid.
- ⁸ <https://iopscience.iop.org/article/10.1088/1748-9326/ab7461/pdf>
- ⁹ Dies beinhaltet nicht die Gewinnung von Abfallgestein - nur Metallerze.
- ¹⁰ <https://www.resourcepanel.org/reports/global-resources-outlook>
- ¹¹ <https://ec.europa.eu/docsroom/documents/42881>
- ¹² <https://www.earthworks.org/media-releases/report-clean-energy-must-not-rely-on-dirty-mining/>
- ¹³ Zum Beispiel angeführt in: <https://londonminingnetwork.org/wp-content/uploads/2019/09/Post-Extractivist-Transition-report-2MB.pdf> and <https://www.resourcepanel.org/reports/global-resources-outlook> <https://waronwant.org/resources/a-material-transition>
- ¹⁴ <https://ec.europa.eu/docsroom/documents/42881>
- ¹⁵ <https://www.irishnews.com/news/northernirelandnews/2019/11/06/news/department-decides-not-to-defend-legal-action-over-water-discharge-consent-at-gold-mine-site-in-co-tyrone-1757404/>
- ¹⁶ <https://spark.adobe.com/page/EEhhVoVvXdjZ/>
- ¹⁷ http://www.mwen.info/docs/10.1007_s10230-005-0081-3.pdf
- ¹⁸ https://www.researchgate.net/publication/283321865_The_Risk_Public_Liability_Economics_of_Tailings_Facility_Failures ¹⁹<https://s3.ap-southeast-2.amazonaws.com/dpe-files-production/s3fs-public/dpp/149728/prioretal2010resourcedepletion.pdf> ²⁰<https://www.nature.com/articles/s41467-020-17928-5>
- ²¹ So wie es derzeit aussieht, sind Natura-2000-Gebiete nicht als "entwicklungsfreie Zonen" gedacht, und neue Erschließungen von Bodenschätzen sind nicht automatisch ausgeschlossen. Siehe <https://ec.europa.eu/environment/nature/info/pubs/docs/leaflets/nee/en.pdf>
- ²² <https://www.eea.europa.eu/highlights/latest-evaluation-shows-europes-nature>
- ²³ <https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0016718520302050>
- ²⁴ https://www.miningwatch.pt/assets/pdf/Joint%20statement%20H2020%20MIREU%20en_GB%20blackened.pdf
- ²⁵ <https://www.sum.uio.no/english/research/publications/2021/alexander-dunlap-the-evolving-techniques.html>
- ²⁶ <https://nominaspeninsulaiberica.eu/declaracion/>
- ²⁷ <https://www.globalwitness.org/en/press-releases/global-witness-records-the-highest-number-of-land-and-environmental-activists-murdered-in-one-year-with-the-link-to-accelerating-climate-change-of-increasing-concern/>
- ²⁸ <http://www.envjustice.org/2020/09/mireu-backfires/>
- ²⁹ For example: <https://erma.eu/>
- ³⁰ <https://www.ecologistasenaccion.org/wp-content/uploads/2019/12/Report-Speculative-Mining-in-Spain.pdf>
- ³¹ https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_19_6705
- ³² Examples of EU funding to mining projects that have not undergone environmental impact assessment include the San Finx tungsten mine in Spain (Horizon 2020 and EIT Raw Materials funding), the Cáceres lithium project in Spain (EIT InnoEnergy funding), and the Hautalampi nickel-cobalt project in Finland (ERDF and Interreg funds).

- ³³ <https://friendsoftheearth.eu/wp-content/uploads/2021/05/The-EUs-Industrial-Alliances.pdf>
- ³⁴ EU Raw Materials Scoreboard, 2020 (bevorstehende Veröffentlichung)
- ³⁵ <https://ec.europa.eu/docsroom/documents/42882>
- ³⁶ https://ec.europa.eu/growth/sectors/raw-materials/specific-interest/international-aspects_en
- ³⁷ <https://power-shift.de/alternatives-for-the-energy-and-raw-materials-chapters-in-eu-trade-agreements/>
- ³⁸ <https://www.politico.eu/article/europes-hunger-for-lithium-sparks-tensions-with-chile/>
- ³⁹ https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP_21_105
- ⁴⁰ <https://core.ac.uk/download/pdf/207057603.pdf>
- ⁴¹ http://wiki.ban.org/images/f/f4/Holes_in_the_Circular_Economy_-_WEEE_Leakage_from_Europe.pdf
- ⁴² <https://sverigesradio.se/artikel/7557095>
- ⁴³ https://www.foeeurope.org/sites/default/files/news/foee_report_-_less_is_more.pdf
- ⁴⁴ <https://www.resourcepanel.org/reports/metal-recycling>
- ⁴⁵ <https://www.balcanicaucaso.org/eng/Areas/Bulgaria/From-Brazil-to-Bulgaria-the-giants-we-ignore-at-our-peril-207932>
- ⁴⁶ <https://www.earthworks.org/publications/safety-first-guidelines-for-responsible-mine-tailings-management/>
- ⁴⁷ <http://dx.doi.org/10.1016/j.jhazmat.2007.07.050>
- ⁴⁸ Sowie Aznalcóllar (1998), Baia Mare und Borşa (2000), Aitik (2000), Sasa (2003), Malvési (2004), Ajka (2010), Talvivaara (2012), Monte Neme (2014) und Cobre Las Cruces (2019)
- ⁴⁹ <https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0025326X15003422>
- ⁵⁰ <https://bankwatch.org/blog/exporting-toxic-pollution-from-europe-to-namibia>
- ⁵¹ <https://news.mongabay.com/2018/06/citigroup-limits-financing-for-mines-that-dump-tailings-at-sea/>
- ⁵² https://friendsoftheearth.eu/wp-content/uploads/2021/04/Response-to-open-letter_Breton_Spanish.pdf
- ⁵³ <https://www.eea.europa.eu/downloads/beed0c89209641548564b046abcaf43e/1610379758/growth-without-economic-growth.pdf>
- ⁵⁴ https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Material_flow_accounts_statistics_-_material_footprints Zu beachten: Für Metalle und metallische Minerale beinhaltet dies nur das Gesamtgewicht von Metallerzen für den Endverbrauch, nicht Abfallgestein.
- ⁵⁵ Unterschiedliche Studien, mit den stabilsten Aussagen vom deutschen Umweltbundesamt https://www.umweltbundesamt.de/rescue/summary_report; Stefan Brigezu, Wuppertal Institut <https://www.mdpi.com/2079-9276/4/1/25>; UNDP http://hdr.undp.org/sites/default/files/hdr_2020_overview_english.pdf. Die Europäische Kommission sollte prioritär diese Ziele entwickeln.
- ⁵⁶ Kallis, G., Paulson, S., D'Alisa, G., & Demaria, F. (2020). The case for degrowth. John Wiley & Sons.
- ⁵⁷ <https://pubs.acs.org/doi/10.1021/acs.est.7b00698>
- ⁵⁸ https://publications.jrc.ec.europa.eu/repository/bitstream/JRC115570/science_for_policy_brief_rev2_-_online.pdf
- ⁵⁹ <https://www.eea.europa.eu/downloads/beed0c89209641548564b046abcaf43e/1610379758/growth-without-economic-growth.pdf>
- ⁶⁰ <https://eeb.org/library/decoupling-debunked/>
- ⁶¹ https://friendsoftheearth.eu/wp-content/uploads/2020/10/FoEE_Human_Rights_report_v15-pages-1.pdf
- ⁶² <https://londonminingnetwork.org/2020/11/martial-mining-report-out-now/>; <https://www.guengl.eu/events/under-the-radar-the-carbon-footprint-of-europes-military-sectors/>
- ⁶³ https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_20_2312
- ⁶⁴ https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-8-2017-0199_EN.html